Regierung gegen Gratistests für Sex-Krankheiten

Region Mit einer Interpellation gelangen drei Kantonsräte, darunter auch Josef Gähwiler (Buchs, SP), an die Kantonsregierung, sie trägt den Titel «Gratistests für sexuell übertragbare Krankheiten». Darin wird Bezug genommen auf die steigende Zahl von Ansteckungen mit Gonorrhoe, Syphilis und Chlamydien in den letzten Jahren, währenddem Ansteckungen mit HIV auf tiefem Niveau leicht zurückgehen würden. Aus Sicht der Politiker ist es wichtig, «dass Menschen bereits in jungen Jahren eine Testroutine entwickeln», heisst es in dem Vorstoss. Das regelmässige Testen ermögliche eine frühe Behandlung und somit eine Vermeidung von aufwendigen Spätfolgen.

Regierung sieht Gefahren in einer Testroutine

In der Interpellation wird festgehalten, dass es verschiedene Hürden gebe, warum sich sexuell aktive Personen nicht testen lassen. Einerseits würden fachliche Informationen fehlen, andererseits würden junge Menschen nur einen Arzt aufsuchen, wenn sie Symptome bemerken. Zudem würden die Testkosten von 50 bis 300 Franken für junge Menschen mit finanziell geringen Mitteln eine weitere Hürde darstellen. Auch sei eine sexuell übertragbare Krankheit schambehaftet. Aus diesen Gründen wird die Regierung nach ihrer Strategie zur Reduktion von solchen Krankheiten und nach ihrer Bereitschaft zur Lancierung eines Pilotprojektes erfragt, ähnlich dem der Stadt Zürich, welche Gratistests für die Bevölkerung unter 25 Jahren anbietet.

In der Beantwortung der Interpellation hält die Regierung fest, dass sie gegen ein solches Pilotprojekt ist, da die «demografischen Gegebenheiten zwischen der Stadt Zürich und dem Kanton St. Gallen sich erheblich unterscheiden.» Zudem müsse man sich die Frage stellen, ob die Förderung von Gratistests eine Testroutine entwickle, die dazu verleite, sich weniger vor Geschlechtskrankheiten zu schützen. Die St. Galler Regierung erachtet Informationsvermittlung, Beratungs-, Impf- und Testangebote als relevante Faktoren in der Bekämpfung von sexuell übertragbaren Krankheiten. *(ab)*

Werdenberger & Obertoggenburger

Verlag: BuchsMedien AG, Bahnhofstrasse 4, 9471 Buchs. Die BuchsMedien AG ist eine Tochtergesellschaft der Galledia Regionalmedien AG (Mehrheitsbeteiligung).

Verlagsleitung: Martin Oswald
Leitung Publizistik: Andreas Rüdisüli (rü)
Chefredaktor: Armando Bianco (ab)

Redaktion: Corinne Hanselmann (ch, Stv. Chefredaktorin), Robert Kucera (kuc), Hansruedi Rohrer (H.R.R., redaktioneller Mitarbeiter), Michael Wanger (mw), Sebastian Albrich (alb).

Kontakt: Bahnhofstrasse 4, Postfach, 9471 Buchs, Telefon 081 750 02 01, E-Mail: redaktion@wundo.ch

Abonnemente und Zustelldienst:
Telefon 081 750 02 01. E-Mail: abo@wundo.ch.
Abonnementspreis: 537 Franken (12 Monate).

Anzeigen: Werdenberger & Obertoggenburger, Bahnhofstrasse 4, 9471 Buchs, Telefon 081 750 02 01, E-Mail: inserate@wundo.ch

Verbreitete Auflage: 5694 Exemplare.
Grossauflage Freitag: 23 000 Exemplare.

Der Mantelteil wird verantwortet von CH Media (Chefredaktor: Patrik Müller; tagblatt.ch/impressum)

Photovoltaik, Tempo 30, Lastwagen und Schulraum

Am 27. November findet die Bürgerversammlung (Budget 2024) der Stadt Buchs statt.

Buchs Acht Traktanden beinhaltet die Budgetversammlung am 27. November um 20 Uhr in der Mehrzweckhalle des BZBS. Darunter befinden sich die Krediterteilung für Bauvorhaben und Neuanschaffungen des Elektrizitäts- und Wasserwerks der Stadt Buchs für das Jahr 2024, die Teilrevision der Gemeindeordnung und ein Gutachten und Antrag. Das ist dem aktuellen Amtsbericht zu entnehmen.

Wie Adrian Bossart, Direktor des EWB, in seinem Vorwort festhält, werde man im Bereich Infrastruktur im Jahr 2024 weiter in das Glasfasernetz investieren. Ziel sei es, der Einwohnerschaft von Buchs «ein möglichst breites und attraktives Telekommunikationsangebot zu bieten, das vorbereitende Investitionen bei den Liegenschaften bedinge. Ausgebaut werden aber nicht nur Angebote und Infrastruktur. Mit kontinuierlichen Investitionen in den Bereichen Wasser und Strom wolle man Versorgungssicherheit und Werterhalt gewährleisten, um die notwendige Grundlage für das anhaltende Wachstum der Stadt zu gewährleisten.

Wie schon im vergangenen Jahr wird das EWB in den Bau von eigenen Photovoltaikanlagen investieren, hält Direktor Adrian Bossart weiter fest.

Ein Strauss an Nettoinvestitionen

Der Bürgerschaft wird an der Budgetversammlung ein Gutachten und Antrag zur Weiternutzung der ehemaligen Infrastruktur der International School Rheintal (ISR) als Schulprovisorium vorgelegt. Für bauliche Massnahmen und die Überführung des Grundstücks mit einer Fläche von 3806 Quadratmetern ins Verwaltungsvermögen wird um die Erteilung eines Kredits in der Höhe von 2,58 Mio. Franken erbeten.

Für das Jahr 2024 plant die Stadt Buchs zahlreiche weitere Nettoinvestitionen, wie dem Budget zu entnehmen ist, beispielsweise diverse Strassensanierungen, die Tempo-30-Zone Kappeli und die Anschaffung eines elektrobetriebenen Lastwagens. *(ab)*

Nicht zu übersehen: Die alten Container der International School Rheintal in Buchs, in welchen die Schule bis vor dem Sommer einen Teil des Unterrichts durchgeführt hat. Bild: Armando Bianco

Einen leichten Ertragsüberschuss im Budget

Der Stadtrat Buchs unterbreitet der Bürgerschaft am 27. November ein Budget mit einem Ertragsüberschuss in Höhe von 147 900 Franken, das ist ein um 1,58 Mio. Franken besseres Ergebnis als gegenüber dem Vorjahr. Der Steuerfuss von 118 Prozent soll auch im nächsten Jahr gelten, ist dem Amtsbericht zu entnehmen. Für das kommende Jahr sind Nettoinvestitionen von 5,43 Mio. Franken vorgesehen, fast die Hälfte davon entfällt auf die Weiternutzung der ehemaligen Infrastruktur der ehemaligen International School Rheintal (Gutachten und Antrag). Dem Finanzplan bis ins Jahr 2028 ist zu entnehmen, dass sich das aktuelle Eigenkapital von aktuell 52,14 Mio. minim auf 49,08 Mio. Franken verringern wird.

In seinem Vorwort hält Stadtpräsident Rolf Pfeiffer fest, dass man sich «in einer Optimierungs- und Konsolidierungsphase befindet». Es war und sei der Behörde ein wichtiges Anliegen, eine Ausgeglichenheit anzustreben, und zwar ohne spürbare Einbussen auf die Qualität der erbrachten Dienstleistungen. Machbares müsse mit Sinnvollem verbunden werden. Einnahmen und Ausgaben stünden in einem gesunden Gleichgewicht zueinander. Das ausgeglichene Budget in unsicheren Zeiten mit steigenden Preisen erachtet er als besonders wichtig. Die Vorbereitungen zur Erstellung des Budgets seien intensiv gewesen, die regen Diskussionen hätten sich aber nach Ansicht des Stadtrats gelohnt, da der Bürgerschaft nun ein Budget unterbreitet werden könne, «das die Lebenswirklichkeit möglichst realistisch abbildet», so Rolf Pfeiffer. *(ab)*

Caritas stellt Forderungen in der Sozialpolitik

Region Die Caritas St. Gallen-Appenzell, die in Sargans eine Regionalstelle betreibt, hat dieser Tage den «Armutsbericht 2023 Plus» veröffentlicht. Dieser dreht sich unter anderem eingehend um die Situation von Armutsbetroffenen. Das sind Menschen, die mehr schlecht als recht von ihrer Arbeit leben können, von einem Schicksalsschlag mit finanziellen Folgen betroffen sind oder Sozialhilfe beziehen.

In den Regionen Werdenberg, Sarganserland und Rheintal leben laut Lorenz Bertsch, Bereichsleiter Sozial- und Schuldenberatung der Caritas, rund 13 000 Menschen in Armut. «Allerdings beziehen davon aktuell nur 1868 Personen Sozialhilfe. Rund 11 200 Menschen sind also der Gruppe der Working Poor zuzuordnen. Diese leben am sozialhilferechtlichen Existenzminimum und haben demzufolge keinen Anspruch auf staatliche Unterstützung, müssen aber alle Kosten selbst tragen». Die Caritas geht davon aus, dass unter diesen rund 11 200 Personen 4000 Kinder sind, so Lorenz Bertsch auf Anfrage.

Vieles wird teurer, der tiefe Lohn bleibt tief

Im Tieflohnsegment hätten sich die Löhne seit 20 Jahren faktisch nicht gross nach oben verändert. Hingegen hätten höhere Preise für Energie, Lebensmittel, Benzin, Krankenkassen und Mieten drastische Auswirkungen auf das Budget von betroffenen Menschen. Die Caritas stellt fest: Über 15 Prozent der Bevölkerung im Kanton St. Gallen leben in Armut oder sind armutsgefährdet. Um das Abrutschen von immer mehr Menschen in diesen Bereich zu verhindern, fordert sie seit Jahren sozialpolitische Massnahmen, die die Rahmenbedingungen verbessern. Als Beispiel werden Mietansätze genannt, die in der Sozialhilfe zu tief seien. Leider würden Sozialhilfebeziehende vermehrt mit dem «Grundbedarf» einen Teil der Miete bezahlen müssen. Dies, weil Gemeinden die Mietansätze meist zu tief ansetzten. Hier herrsche klar ein willkürliches Verhalten, heisst es in dem Fachbericht weiter.

Ebenfalls setzt sich die Caritas seit längerer Zeit für ein statistisch breit erhobenes Armutsmonitoring ein, was auch bereits zu Vorstössen im St. Galler Kantonsrat geführt hat. Ein solches Monitoring würde ermöglichen, die richtigen Lösungsansätze anzugehen und die Weichen sozialpolitisch richtig zu stellen.

«Wir stehen jetzt und in den nächsten Jahren vor der wichtigen Entscheidung, ob und wie wir uns den Schwächsten und Ärmsten der Gesellschaft annehmen, sie stärken und gemeinsam nach Lösungen suchen, damit auch armutsbetroffene Menschen ein würdiges und unverschuldetes Leben ermöglicht werden kann», heisst es im Armutsbericht der Caritas St. Gallen-Appenzell.

Armando Bianco